Nr. 9. 47. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Sonnabend, 5. Januar 1918

# Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

# Rückkehr der russischen Delegierten nach Brest-Litowsk

## Eine Erklärung der deutschen Regierung.

Die russischen Delegierten reisen wieder nach Brest-Litowsk, und die Petersburger Regierung hat telegraphisch mitgeteilt, daß diesmal Trotzki die Delegierten begleiten wird. Allerdings erklärt die Petersburger Regierung, daß Trotzki und die Delegierten nur kämen, um über die Verlegung der Konferenz nach einem neutralen Orte zu verhandeln, aber die Hauptsache ist zunächst wohl, daß man den zerrissenen Faden wieder zusammenknüpft. Die Russen äußern in ihrem Telegramm die Ansicht, daß der Umzug auf neutralen Boden dem „erreichten Stand der Verhandlungen" entspreche, und sie meinen, daß diese Verlegung keine Schwierigkeiten machen könne. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts, Frhr. von dem Bussche Haddenhausen, der das Telegramm heute im Hauptausschuß vorlas, hat kein Wort des Kommentars hinzugefügt.

Der Unterstaatssekretär hat die gestrige Bemerkung des Reichskanzlers über die Insinuationen der russischen Presse erwähnt. Graf Hertling hatte gestern gesagt: „In der russischen Presse wird uns infiniert, daß in diesen Punkten 1 und 2 ausgedrückt sei, wie wir uns in illoyaler Weise unserer Zusage, betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker, entziehen wollen." Der Herr Reichskanzler hatte hinzugesetzt, daß er diese Insinuation zurückweisen müsse, daß die beiden Punkte „lediglich durch praktische Erwägungen bestimmt" seien, und daß „wir nicht davon abgehen können". Es ist hier, an dieser Stelle, gestern abend sofort die Frage aufgeworfen worden, ob dieses „nicht davon abgehen können" auch bedeuten solle, daß die deutsche Regierung die Vorschläge ablehne, die von den Mehrheitsparteien des Reichstags zur Abänderung oder Ausgestaltung des Punktes 2 gemacht worden sind. Diese Vorschläge laufen darauf hinaus, daß die Entscheidung über das zukünftige Schicksal der besetzten Gebiete demokratisch gewählten, unabhängigen Parlamenten vorbehalten werden soll. Im Namen des abwesenden Reichskanzlers hat der Unterstaatssekretär heute erklärt, der Standpunkt des Herrn Reichskanzlers bleibe „unverändert", die deutsche Regierung lasse sich aber auf eine Deutung des Selbstbestimmungsrechtes, die lediglich der Entente zugute käme, nicht ein. Diese Bemerkung über die Deutung kann jeder deuten, wie er will.

Weiter hat Herr v. d. Bussche die Darstellung, daß die Russen in der Konferenzsitzung vom 28. Dezember die deutschen Vorschläge als undiskutierbar abgelehnt hätten, für „tatsächlich unrichtig" erklärt. Die russische Delegation habe zwar Bedenken gegen diese Vorschläge geäußert, aber der Kommissionsberatung zugestimmt. Im Leitartikel der heutigen Morgennummer haben wir darauf hingewiesen, daß man in der neutralen Presse Mitteilungen der Petersburger Telegraphenagentur über die Sitzung vom 28. Dezember findet, die dem deutschen Publikum nicht unterbreitet worden sind. Wir haben gesagt, daß die russische Delegation am 28. Dezember, als die Vertreter Deutschlands und Oesterreich-Ungarns ihr Programm über die besetzten Gebiete und das Selbstbestimmungsrecht vorgebracht hatten, eine Antwort gaben, die in dem deutschen Berichte fehlte, und die eine optimistische Auffassung nicht zu rechtfertigen schien. Da der „Vorwärts" aus dieser Antwort, die, wie gesagt, in der neutralen Presse sich findet, einige Stellen wiedergibt, so wollen wir sagen, daß, dieser amtlichen russischen Darstellung zufolge, die russische Delegation antwortete, die Imperialisten aller Länder, auch die deutschen und österreichischen, erkennten das Selbstbestimmungsrecht zwar in ihren Worten an, wollten aber in Wirklichkeit annektieren, und die Auffassung der Mittelmächte vom Selbstbestimmungsrecht der Völker sei „lächerlich". Die Vorschläge der deutschen Regierung müßten den Erklärungen über den „Frieden ohne gewaltsame Annexionen" jeden Wert rauben, die russische Regierung werde „nie darauf eingehen", die russische Revolution tue „keinen Schritt zurück". Allerdings wurde dann beschlossen, die Beratung einer Kommission zu überlassen, und die russische Delegation — deren Antwortrede mit einigen besonders scharfen Wendungen über die Kapitalisten Europas schloß — war zu einer solchen Diskussion bereit. Darum konnte Freiherr von dem Bussche sagen, sie hätten die Vorschläge nicht „als undiskutierbar" abgelehnt.

Vielleicht hat bei dem Entschluß der russischen Regierung, ihre Vertreter wieder nach Brest-Litowsk zu senden, und auch bei dem Entschlusse Trotzkis, die Delegation zu begleiten, der Gedanke an die Anwesenheit der ukrainischen Delegierten in dem Konferenzort mitgewirkt. Die Tatsache, daß die Ukrainer über den Frieden verhandeln, mußte in Petersburg einen nicht sehr erfreulichen Eindruck machen, und es kann der Bolschewikiregierung bedenklich erschienen sein, da untätig beiseite zu stehen. Die Anwesenheit Trotzkis schien vom ersten Verhandlungstage an den Verbündeten sehr wünschenswert. Herr v. Kühlmann und Graf Czernin haben dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten diesen Wunsch bekanntlich telegraphisch ausgedrückt. Zweifellos ist es immer gut, wenn eine Persönlichkeit, die, wie gegenwärtig Trotzki, die Macht repräsentiert, selber an den Verhandlungen beteiligt ist und wenn man in mündlichem Gedankenaustausch mit ihr verkehren kann. Aber ein bequemer Unterhändler wird der Bolschewikiführer natürlich nicht sein. Nach einer gleichfalls in der neutralen Presse veröffentlichten Meldung der Petersburger Telegraphenagentur hat er im Hauptausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte sich über die Bedingungen der Verbündeten geäußert, und, wie die Meldung selber sagt, und wie aus ihr hervorgeht, sehr scharfe Worte gebraucht. Das gehört ja zu den Methoden, die im Augenblick von Verhandlungen üblich sind, aber zu einer Unterschätzung der Schwierigkeiten, die sich in Brest-Litowsk noch ergeben werden, liegt auch nach der Wiederkehr der entschwundenen russischen Delegierten kein Anlaß vor. Indessen, vorläufig kehren sie zurück. Man muß sich, ohne Enthusiasmus, an dem genügen lassen, was die Stunde bringt.

* * *

## Die Sitzung des Hauptausschusses.

### Ein Telegramm der russischen Delegation.

Der Hauptausschuß des Reichstages trat heute erst um ½12 Uhr zusammen, da vorher noch Verhandlungen der Parteiführer mit der Regierung stattfanden. Der Reichskanzler, Graf Hertling, war nicht erschienen, wohl aber Reichsschatzsekretär Graf Roedern, der für die Dauer der Krankheit des Herrn v. Payer mit der Stellvertretung des Reichskanzlers betraut ist, ferner Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts, Freiherr von dem Bussche und der Leiter der Reichskanzlei v. Radowitz.

Unterstaatssekretär Freiherr **von dem Bussche** gab folgende Erklärung ab:

„Der Herr Reichskanzler hat gestern die Insinuation der russischen Presse zurückgewiesen, daß wir uns in illoyaler Weise unserer Zusage betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entziehen wollten. Im Anschluß an diese Erklärung stelle ich in ausdrücklichem Auftrage des Herrn Reichskanzlers das Folgende fest:

Der Standpunkt des Herrn Reichskanzlers zu dem Selbstbestimmungsrecht der Völker bleibt unverändert, aber dieser Standpunkt darf keine Deutung finden, die lediglich von den Interessen der Entente eingegeben ist. Die in der neutralen Presse veröffentlichte Darstellung, als ob die russischen Delegierten den deutschen Vorschlag vom 28. Dezember als undiskutierbar abgelehnt hätten, ist tatsächlich unrichtig. Die russischen Delegierten haben zwar Bedenken gegen die von uns vorgeschlagene Formulierung erhoben, sich indes ausdrücklich damit einverstanden erklärt, daß über diese Formulierung in einer Kommission weiter beraten werden sollte, um eine Verständigung herbeizuführen. Zwischen unseren und den russischen Delegierten war vereinbart, daß die Fortsetzung der Verhandlungen auch über die strittig verbliebenen Punkte am 5. Januar in Brest-Litowsk erfolgen sollte. Unsere Verbündeten haben unter diesen Umständen mit uns einmütig der Vorschlag der Russen nach Veränderung des Verhandlungsortes abgelehnt.

Inzwischen ist uns von Brest-Litowsk folgendes Telegramm zugegangen:

„Am 4. Januar, 10 Uhr abends, ist hier das in Uebersetzung folgende Hughes-Telegramm aus Petersburg eingetroffen:

**„An die Herren Vorsitzenden der vier verbündeten Mächte.**

**Die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet entspricht dem erreichten Stand auf Verhandlungen. In Anbetracht der Ankunft Ihrer Delegationen am früheren Orte der Verhandlungen wird unsere Delegation zusammen mit dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Trotzki morgen nach Brest-Litowsk fahren in der Ueberzeugung, daß eine Verständigung über die Verlegung der Verhandlungen auf neutralem Boden keine Schwierigkeiten machen wird.**

**Die russische Delegation."**

Inzwischen ist mit den in Brest-Litowsk anwesenden, mit Vollmacht versehenen Vertretern der Ukraine in befriedigender Weise verhandelt worden.

Weitere tatsächliche Mitteilungen können von seiten der Regierung heute nicht gemacht werden."

Vorsitzender Abg. **Fehrenbach** schlägt vor, die politische Debatte abzubrechen und einen anderen Gegenstand zu verhandeln.

Abg. **Scheidemann** (Soz.) widerspricht und wünscht, daß die politische Debatte fortgesetzt werde mit Rücksicht auf die vorliegende Situation und die Notwendigkeit, daß der Reichstag erklärt, er stehe auch heute noch auf dem klaren Standpunkt des 19. Juli. Die Sozialdemokraten wünschen, zum Ausdruck zu bringen, daß sie um keines Haaresbreite von ihrem Standpunkt abweichen. Durch eine offene Erklärung zum Selbstbestimmungsrecht der Völker würde der Friede gefördert werden.

Abg. **Haase** (U. Soz.) widerspricht gleichfalls. Am besten wäre das Zusammentreten des Plenums. Es müsse ausgesprochen werden, daß die Mehrheit die Anschauungen des Grafen Westarp nicht teile. Die Berichte über die Ereignisse in Brest-Litowsk am 28. Dezember widersprechen einander, und dadurch werde eine unzweideutige Erklärung unsererseits notwendig. Die Ukraine verhandle nur unter Teilnahme der Petersburger Regierung. Das russische Volk stehe einig und fest zusammen. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Russen uns weiter entgegengekommen sind, als wir erwarten durften.

Durch Abstimmung wird **beschlossen, die Debatte abzubrechen.**

Die Erörterung wendet sich der Frage des Gefangenenaustausches zu.

## Die Haltung der Parteien.

Heute vormittag wurden die Parteiführer vom Reichsschatzsekretär Grafen v. Roedern, der die Stellvertretung des erkrankten Vizekanzlers v. Payer übernommen hatte, und vom Unterstaatssekretär von dem Bussche zu einer Aussprache über den Zwischenfall in Brest-Litowsk empfangen. Dabei verlas Herr von dem Bussche seine Erklärungen, die er später im Hauptausschuß des Reichstages im Auftrage des Reichskanzlers zur Verlesung brachte. Der Hauptausschuß trat infolgedessen erst später gegen Mittag zu seinen Beratungen zusammen. Durch diese Erklärung der Regierung hat sich die Sachlage insofern etwas verschoben, als die Parteien zur Zeit, da die Wiederaufnahme der Verhandlungen in Brest-Litowsk bevorsteht, und es die Regierung abgelehnt hat, sich zu der neuerlich von den Russen verlangten Verlegung des Verhandlungsortes vorerst zu äußern, nicht in der Lage sind, irgendwie positiv zu den schwebenden strittigen Fragen Stellung zu nehmen. Noch ein anderes Moment tritt hinzu: In den Parteien selbst sind **gewisse Meinungsverschiedenheiten** darüber aufgetaucht, ob man sich noch an die Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli zu halten habe, nachdem die Entente die Frist, die ihr zur Teilnahme an den Verhandlungen in Brest-Litowsk gestellt war, hat verstreichen lassen. Ja, selbst darüber ist man sich in den verschiedenen Parteien nicht völlig einig ob man sich noch an die in der deutschen Antwort von 28. Dezember den Russen gegenüber gegebenen Erklärungen für gebunden erachten solle. Der Reichskanzler und die Regierung hatten sich zwar daran gebunden, aber in den Parteien gehen die Ansichten über die Zweckmäßigkeit darüber auseinander. Das ist selbst bis zu einem gewissen Grade innerhalb der eigentlichen Mehrheitsparteien der Fall. Die sozialdemokratische Fraktion verlangt eine neue ausdrückliche Erklärung des Reichstags, daß er noch immer den in der Friedensresolution wiedergegebenen Standpunkt vertritt. Auf eine solche neuerliche Erklärung scheinen sich aber die anderen Mehrheitsparteien, ebenso natürlich die Rechte und die Nationalliberalen nicht einlassen zu wollen. Von einer innerpolitischen Krise kann indessen kaum mehr die Rede sein; wenn es gestern auch noch den Anschein dessen hatte. Auch die Animosität, die sich in fast allen Parteien gegen Herrn v. Kühlmann geltend gemacht hatte, scheint geschwunden zu sein. Es ist der Vorschlag aufgetaucht,

# Lebhafte Feuerkämpfe an der flandrischen Front.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 5. Januar.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

**An der flandrischen Front östlich von Ypern, in einzelnen Abschnitten zwischen Scarpe und Somme sowie in der Gegend von Avocourt und St. Mihiel entwickelten sich zeitweilig lebhafte Feuerkämpfe. An der übrigen Front blieb die Artillerietätigkeit auf Störungsfeuer beschränkt.**

**Oestlich von Bullecourt hatte eine gewaltsame Erkundung vollen Erfolg und brachte eine größere Anzahl gefangener Engländer ein.**

### Oestlicher Kriegsschauplatz.

**Nichts Neues.**

### Mazedonische Front.

**Keine besonderen Ereignisse.**

### Italienische Front.

**Zwischen der Brenta und dem Montello lebte das Artilleriefeuer vorübergehend auf.**

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff. (W. T. B.)

*

Wien, 5. Januar. (W. T. B.)

**Amtlich wird verlautbart:**

### Oestlicher Kriegsschauplatz.

**Waffenstillstand.**

### Italienischer Kriegsschauplatz.

**Die Gefechtstätigkeit blieb auf zeitweiliges Artilleriefeuer beschränkt.** Der Chef des Generalstabes.